Antrag
A13 Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung

Antragssteller*innen: BDKJ-Bundesvorstand

Antragstext

Junge Menschen sind Gegenwart und Zukunft unserer Demokratie. Doch ihre Stimmen, Bedürfnisse und Perspektiven finden noch immer zu selten Berücksichtigung in politischen Entscheidungen. Obwohl junge Menschen ein Drittel unserer Bevölkerung ausmachen, werden ihre Anliegen in Politik und Gesellschaft unzureichend berücksichtigt. Als BDKJ fordern wir die Bundesregierung auf, Generationengerechtigkeit als politischen Kompass zu verankern – als verbindliche Haltung und ressortübergreifende Leitlinie für verantwortungsvolles politisches Handeln.

Generationengerechtigkeit ist mehr als eine Frage der Finanzen

Generationengerechtigkeit ist eine Frage der gesellschaftlichen Verantwortung und der intergenerationellen Solidarität – nicht nur der Finanzen. Generationengerechtigkeit darf nicht auf Debatten um Schuldenbremse oder Rentenpolitik verkürzt werden. Sie ist keine rein fiskalische Kategorie, sondern eine Frage der demokratischen Verantwortung. Sie betrifft Lebensrealitäten, Teilhabechancen und Gestaltungsspielräume – heute und mit Blick auf eine gerechte, nachhaltige Zukunft für alle Generationen. Dabei geht es auch um globale Gerechtigkeit. Generationengerecht zu handeln bedeutet auch, Verantwortung über Landesgrenzen hinweg zu übernehmen, etwa durch internationale Klima- und Entwicklungspolitik, globale Bildungs- und Teilhabechancen. Es geht unter anderem um Digitalisierung, soziale Gerechtigkeit, Mobilität, (mentale) Gesundheit, Gleichstellung, Engagement und politische Mitbestimmung – also um all jene Strukturen, die darüber entscheiden, wie Menschen in dieser Gesellschaft aufwachsen, sich entfalten und ihr Leben gestalten können.

Eine Haltung, die junge Menschen als gleichwertige Bürger*innen anerkennt

Politik darf sich nicht länger primär an den Bedürfnissen und Sichtweisen Erwachsener orientieren. Sie muss bestehende Machtstrukturen hinterfragen und systematisch Räume der Mitgestaltung durch junge Menschen schaffen. Es braucht eine Politik, die junge Menschen als vielfältige Individuen mit unterschiedlichen Biografien, Interessen, Stärken, Bedürfnissen und Lebensentwürfen ernst nimmt und dabei eine intersektionale Perspektive einnimmt. Eine Politik, die sich löst von einem adultistischen Maßstab und junge Menschen nicht nur als Kinder ihrer Eltern, sondern als gleichwertigen Teil der Gesellschaft anerkennt: als Bürger*innen, die mit Rechten ausgestattet sind und

die einen Anspruch darauf haben, dass diese auch umgesetzt werden.[1]

Junge Menschen sind mehr als Schüler*innen und zukünftige Steuerzahler*innen. Politik darf junge Menschen nicht nur auf ihre zukünftigen Rollen in Arbeitswelt und Gesellschaft reduzieren. Sie sind mehr als Schüler*innen, Konsument*innen, potentiell Erwerbstätige und zukünftige Steuerzahler*innen. Sie sind Träger*innen von Visionen, Werten und Hoffnung, sie haben ein Recht auf Zeit, Freiräume und persönliche Entfaltung. Politik muss Orte stärken, an denen junge Menschen wachsen, scheitern und neu aufblühen können – ohne Leistungsdruck, mit Lebensfreude. Sie muss daher außerschulische Erfahrungsräume der Selbstwirksamkeit als zentralen Bestandteil des Aufwachsens anerkennen und stärken.

Demokratie gehört allen – für eine Politik, die junge Menschen ernst nimmt & empowert

Politik hat die Macht, die gesellschaftlichen Spielregeln zu gestalten – und damit auch die Verantwortung, dies im Sinne aller Generationen zu tun. Wir fordern, dass dies in einer Form geschieht, dass junge Menschen sich ernst genommen, empowert, wirksam, sicher und wohlfühlen. Eine lebendige Demokratie muss inklusiv, repräsentativ und zukunftsgerichtet sein. Sie wird ihrem Anspruch nur dann gerecht, wenn sie Menschen jeden Alters einbezieht. Eine Politik, die empowert, zeigt: Ihr seid wichtig. Eure Meinungen zählen. Eure Zukunft ist unser Maßstab. Generationengerechtigkeit leitet sich unmittelbar ab aus den Rechten auf Beteiligung, Bildung, Entfaltung und Schutz – wie sie im Grundgesetz und der UN-Kinderrechtskonvention verankert sind.[1]

Generationengerechtigkeit ist Querschnittsaufgabe

Alle Themen betreffen junge Menschen – nicht nur die, auf denen ‚Jugend' steht. Generationengerechtes Handeln heißt, Anliegen und Perspektiven junger Menschen ressortübergreifend in allen politischen Entscheidungs- und Verwaltungsprozessen zu berücksichtigen. Es braucht verbindliche Strukturen, ressortübergreifende Prüfmechanismen und eine klare politische Haltung, damit Generationengerechtigkeit zum Standard wird.

Demokratie lebt von Vertrauen – und das entsteht durch Beteiligung

Eine kinder- und jugendgerechte Politik stärkt das Vertrauen in Demokratie. Sie ist der Schlüssel zu einer starken, solidarischen und widerstandsfähigen Gesellschaft. Wer von klein auf erlebt, dass die eigene Stimme zählt, entwickelt ein Gefühl der Zugehörigkeit und ist eher bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wenn junge Menschen erleben, dass ihre Meinung Gewicht hat, sie mitgestalten dürfen und ihre Interessen gehört werden, entsteht eine starke demokratische Kultur, in der sich auch junge Menschen als Teil des demokratischen Prozesses begreifen können. Dies fördert ihr politisches Interesse, stärkt das Vertrauen in politische Strukturen und staatliche Institutionen.

Generationengerechtigkeit ist eine Chance – für die gesamte Gesellschaft

Eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft kommt allen zugute. Eine

Gesellschaft, die auch junge Menschen in den Blick nimmt, investiert nicht nur in ihre Zukunft, sondern in das Gemeinwohl. Sie fördert sozialen Zusammenhalt, Resilienz, nachhaltige Entwicklung und sie zahlt sich wirtschaftlich aus, weil sie langfristig soziale Folgekosten senkt und Innovationskraft stärkt. Generationengerechtigkeit stärkt die Demokratie – weil sie Verantwortung teilt. Maßgeblich ist, dass die Wünsche und Anliegen verschiedener Generationen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern für ein stärkeres Miteinander sorgen. Es braucht soziale Sicherungssysteme, die ein gutes Auskommen und eine gute Versorgung für die Älteren leisten, ohne die jungen Menschen zu überfordern. Es braucht Orte auch jenseits der klassischen Familienbeziehungen, damit die Generationen nicht weiter voneinander abrücken.

Unser Appell an die Bundesregierung:

1. **Verankern Sie Generationengerechtigkeit als politische Leitlinie und Haltung – in allen Ressorts, auf allen Ebenen.** Dies beinhaltet:

    - Die gesetzliche Verankerung und verbindliche Durchführung des Jugend-Checks als begleitendes Instrument zur Abschätzung der Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf junge Menschen. Die Ergebnisse fließen maßgeblich in den Gesetzgebungsprozess mit ein.
    - Die konsequente Umsetzung und fortlaufende Weiterentwicklung der Jugendstrategie der Bundesregierung, eng verzahnt mit der EU-Jugendstrategie. Akteur*innen der Jugend(verbands)arbeit und der Jugendsozialarbeit werden in die Umsetzung der Maßnahmen systematisch eingebunden.

2. **Stärken Sie eine Sozialpolitik, die Armut bekämpft, soziale Gerechtigkeit fördert und faire Chancen für alle Generationen schafft.** Dies beinhaltet:

- Die Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme zur wirksamen Bekämpfung von (Jugend)Armut[2], orientiert an Bedarfen und Lebensrealitäten unterschiedlicher Altersgruppen.
- Die Anerkennung verschiedener Formen von Arbeit und ihrer Auswirkungen auf die Lebensrealitäten junger Menschen – mit dem Ziel einer geschlechter- und generationengerechten Verteilung von Zeit[3], Ressourcen und Chancen.

3. **Sichern Sie die systematische Einbeziehung generationenübergreifender Perspektiven in politische Entscheidungen.** Dies beinhaltet:

- Die Verankerung von Plätzen für junge Menschen in Entscheidungsgremien und -prozessen. Mindestens 25 Prozent der Positionen in Parlamenten sowie parteilichen Gremienstrukturen sind für Menschen unter 35 Jahren vorzusehen.
- Den systematischen Einbezug von Jugendverbänden in die Beratung der Bundesregierung – in Anerkennung ihres Wirkens als Werkstätten der Demokratie - und somit als wichtige selbstorganisierte,

zivilgesellschaftliche demokratische Lernorte - und ihrem Auftrag, die Anliegen und Interessen junger Menschen nach § 12 Abs. 2 SGB VIII zu vertreten.

4. **Stärken Sie die Infrastruktur, die generationenübergreifenden Dialog und Teilhabe ermöglicht – sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum.** Dies beinhaltet:

- Die Gewährleistung des barrierefreien und gleichberechtigten Zugangs zu digitaler Infrastruktur für alle Generationen – unabhängig von Alter, Einkommen oder Herkunft.
- Die gleichberechtigte Berücksichtigung der Perspektiven und Bedürfnisse aller Generationen bei der Sozialraumplanung sowie der Gestaltung und Nutzung öffentlicher Räume.

Jetzt ist die Zeit, konstruierte Generationengrenzen zu überwinden und gemeinsam eine Politik zu schaffen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt über Altersgrenzen hinweg stärkt und zukunftsfähig macht. Lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung übernehmen – als Politiker*innen, als Wähler*innen, als Christ*innen, als Gesellschaft.

---

[1] S. hierzu u. a.: UN-Kinderrechtskonvention: https://headless-live.unicef.de/caas/v1/media/194402/data/77afdd9d17e246129b04e8aef70a01ab sowie Artikel 2 Absatz 1 GG: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit […]“; Artikel 3 Absatz 1 GG: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“; § 1 Absatz 1 SGB VIII: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“.

[2] Monitor Jugendarmut der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS): https://www.bagkjs.de/monitor-jugendarmut/.

[3] BDKJ-Beschluss (2024): Zeitgerechtigkeit - Wir fordern gerechte Zeitgestaltungsmöglichkeiten: https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/4/4.48_Zeitgerechtigkeit.pdf.

Begründung

Erfolgt mündlich.